

Centrum für Europäische Politik

Das **Centrum für Europäische Politik** (cep) ist der europapolitische Think-Tank der [Stiftung Ordnungspolitik](#).

Centrum für Europäische Politik (cep)

Rechtsform

Tätigkeitsbereich marktradikale Denkfabrik

Gründungsdatum 2006

um

Hauptsitz Kaiser-Joseph-Str. 266, 79089
Freiburg

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse www.cep.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	1
1.1 Verbindungen	1
2 Fallstudien und Kritik	2
2.1 2008: Kritik am Tabakwerbeverbot	2
3 Organisationsstruktur und Personal	2
3.1 Vorstand	2
3.2 Kuratorium	2
4 Finanzen	3
5 Kurzdarstellung und Geschichte	3
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
7 Einzelnachweise	3

Lobbystrategien und Einfluss

Verbindungen

- Partner des cep ist die [Friedrich August von Hayek Stiftung](#)
- Das cep ist Mitglied des [Stockholm Network](#)

Fallstudien und Kritik

2008: Kritik am Tabakwerbeverbot

Kurator des CEP [Roman Herzog](#) und Präsident [Lüder Gerken](#) kritisierten im Jahr 2008 scharf die Rechtsprechung des [Europäischen Gerichtshofs](#) (EuGH), der 2006 das Verbot der Tabakwerbung in der Presse, im Rundfunk und im Internet aufgrund einer EU-Richtlinie bestätigt hatte.^[1] Gegen das Verbot hatten sich vor allem die deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverleger ausgesprochen, weil sie um Werbeeinnahmen fürchteten. Nach Auffassung des EuGH behindern unterschiedliche Regelungen der Tabakwerbung den Binnenmarkt. Herzog und Gerken hielten diese Entscheidung für ein fragwürdiges Urteil, das die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten aushöhle und nach einer gerichtlichen Kontrollinstanz verlange.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Lüder Gerken	<ul style="list-style-type: none">• Stiftung Ordnungspolitik, Vorsitzender des Vorstands• Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung, Vorstand
Mitglied des Vorstands	Christoph Ehlers	<ul style="list-style-type: none">• Stiftung Ordnungspolitik, Mitglied des Vorstands

(Stand: August 2015) Quelle: ^[2]

Kuratorium

Dessen Mitglieder sind zugleich auch Mitglieder des Kuratoriums der [Stiftung Ordnungspolitik](#).

[Leszek Balcerowics](#)

[Frits Bolkestein](#)

[Roman Herzog](#)

[Jürgen Stark](#)

[Hans Tietmeyer](#)

(Stand: August 2015) Quelle: ^[3]

Finanzen

Kurzdarstellung und Geschichte

Das cep bezeichnet sich als "Kompetenzzentrum für Recherche, Analyse, Information, Beratung - Für ein marktwirtschaftliches Europa". Das CEP analysiert die volkswirtschaftlich relevanten Vorhaben der EU und entwickelt Strategien für die europäische Politik.

Die Studien basieren auf den Grundsätzen einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung (zum Freiheitsbegriff im Sinne von Hayek vgl. [Friedrich August von Hayek Stiftung](#)).

Das cep steht für ein freiheitliches Europa, die Vollendung des Binnenmarktes, das Subsidiaritätsprinzip, die Beschränkung der Regulierung und Bürokratie sowie die Stärkung der politischen Kontrolle durch die Parlamente. Das Wort sozial kommt in der Eigendarstellung nicht vor.

Für den Präsidenten, [Lüder Gerken](#), ist eine ungleiche Einkommensverteilung Voraussetzung für Wohlstand. ^[4]

Das cep lehnt Eurobonds und die Finanztransaktionssteuer ab und hält eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten in weiten Teilen für unnötig (automatische Sanktionen und Insolvenzverfahren reichen aus). Es ist dagegen, Unternehmen zur Einhaltung von Sozial- oder Umweltstandards zu verpflichten. Einen Anlegerschutz bei kapitalgedeckten Altersversorgungssystemen hält das cep für problematisch, weil diese Maßnahmen u. a. zu einem deutlichen Verlust an Rentabilität führten.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Roman Herzog und Lüder Gerken: Stoppt den Europäischen Gerichtshof, FAZ vom 08.09.2008
2. ↑ [Vorstand](#) Webseite cep, abgerufen am 11.08.2015
3. ↑ [cep Organigramm](#) Webseite cep, abgerufen am 11.08.2015
4. ↑ Lüdiger Gerken: "Reichtum für alle" führt zu Armut für alle Für Lüdiger Gerken ist eine ungleiche Einkommensverteilung Voraussetzung für Wohlstand, Badische Zeitung vom 17. Oktober 2009